

Ziehen Migrant:innen an Orte mit hohen Sozialleistungen?

Sozialhilfe-Daten liefern kaum Hinweise auf sogenannten „Sozialtourismus“

Die „Welfare Magnet“-Hypothese besagt, dass sich viele Migrant:innen bewusst für ein Leben an einem Ort mit grosszügigen Sozialleistungen entscheiden. Politiker:innen stützen sich häufig auf diese Hypothese, um Reformen der Sozialpolitik zu rechtfertigen, die das Leistungsniveau für Migrant:innen senken oder die Anspruchsvoraussetzungen verschärfen. Zudem nutzen Parteien die „Welfare Magnet“-Hypothese für ihre Zwecke und warnen vor „Sozialtourismus“, um Wähler:innen zu mobilisieren.

Angesichts der Folgen der „Welfare Magnet“-Hypothese ist es wichtig zu verstehen, ob und in welchem Ausmass „Wohlfahrtsmigration“ tatsächlich stattfindet. Aussagen über einen weit verbreiteten „Sozialtourismus“ ist mit Vorsicht zu begegnen. Trotzdem: Die Annahme, dass Sozialleistungen eine Rolle bei der Wahl des Wohnortes von Migrant:innen spielen, ist theoretisch gut begründet. Wie von Charles Tiebout in seiner wegweisenden Studie von 1956 erstmals formuliert, ist davon auszugehen, dass Menschen „mit den Füissen abstimmen“ und einen wirtschaftlich günstigen Wohnort wählen. Dieses Verhalten könnte bei Migrant:innen besonders ausgeprägt sein: Sie verfügen oft über kleinere soziale und berufliche Netzwerke als Staatsbürger:innen, was die potenziellen Kosten eines Umzugs verringert. Zudem sind Migrant:innen oft wirtschaftlich schlechter gestellt. Insbesondere in den ersten Jahren nach ihrer Einreise sind Migrant:innen daher eher auf soziale Sicherungsnetze angewiesen.

Obwohl die Theorie einhellige Vorhersagen liefert, ist die empirische Evidenz zur „Wohlfahrtsmigration“ widersprüchlich.

Einige Studien kommen zu dem Schluss, dass sich Migrant:innen tendenziell an Orten mit grosszügigen Sozialleistungen niederlassen. Andere Studien deuten darauf hin, dass Migrant:innen ihre Wohnorte eher danach auswählen, wo sie Arbeit finden oder wo mehr Personen mit gleicher Nationalität leben.

Für welches Argument findet sich stärkere empirische Evidenz? In einer [neuen Studie](#) des Immigration Policy Lab (IPL) untersuchen Forscher vom Dartmouth College, dem University College London und der ETH Zürich die Häufigkeit von „Wohlfahrtsmigration“ innerhalb der Schweiz. Sie analysierten Daten über alle Sozialhilfeempfänger:innen in der Schweiz und fanden kaum Hinweise darauf, dass Migrant:innen durch ihren Umzug mehr Sozialhilfe erhalten. Ausserdem stellten die Forscher fest, dass Migrant:innen nicht überproportional häufig in Gemeinden ziehen, die ihre Leistungen erhöhen.

Dass die bisherige Forschung zur „Welfare Magnet“-Hypothese so uneindeutig ist, hängt auch mit Datenverfügbarkeit und Forschungsdesigns zusammen. Erstens stützen sich viele Studien zwar auf Daten, die die Zuwanderungsrate messen, aber sie enthalten in der Regel keine Informationen dazu, ob Migrant:innen nach ihrem Umzug Sozialleistungen beantragen. Ohne diese Information ist es schwierig festzustellen, ob es sich tatsächlich um „Wohlfahrtsmigration“ handelt oder nicht. Zudem sind Regionen mit grosszügigen Sozialleistungen oft auch aus anderen Gründen attraktiv. Jeremy Ferwerda, Assistenzprofessor für Politikwissenschaft am Dartmouth College, erklärt:

„Hohe Sozialleistungen können mit anderen Charakteristika der Wohnorte korrelieren, wie zum Beispiel wirtschaftlichem Wohlstand, Lebenshaltungskosten oder der Anzahl bereits ansässiger Migrant:innen“. Solche Faktoren können einen Einfluss darauf haben, wohin Migrant:innen ziehen. Dies macht es schwierig, den tatsächlichen Effekt der Höhe der Sozialleistungen auf die Wohnortwahl zu schätzen.“

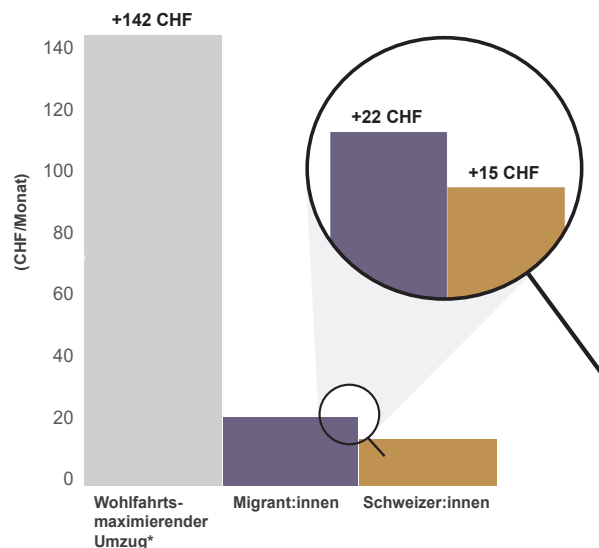
Um diese statistischen Probleme zu umgehen, konzentrierten sich die Forscher in ihrer Studie auf die Binnenmigration in der Schweiz. Die Studie basiert auf detaillierten Sozialhilfe-Daten zu allen Sozialhilfezahlungen im Zeitraum von 2005 bis 2015. Das dezentralisierte System der Sozialhilfe in der Schweiz führt zu grossen Unterschieden in der Höhe der Sozialleistungen. Zusätzlich lässt die Kleinräumigkeit der Schweiz, die relativ hohe Zahl an Migrant:innen und die niedrigen Hürden für Gemeindefwechsel erwarten, dass „Wohlfahrtsmigration“ in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern am ehesten wahrscheinlich ist. Um die „Welfare Magnet“-Hypothese zu testen, untersuchten die Forschenden die Reaktionen der Migrant:innen auf Änderungen der Sozialhilfe-Sätze infolge der Einführung neuer Richtlinien für die Sozialhilfe (die sogenannten Skos-Richtlinien) auf kantonaler Ebene. Die Forschenden verglichen Migrant:innen und ihre Umzugswahrscheinlichkeit in zwei Arten von Gemeinden: Gemeinden die standardisierte Sozialhilfesätze eingeführt (oder aufhoben) und vergleichbare Gemeinden, die solche standardisierte Sozialhilfesätze nicht einführt.

Geringe Evidenz für „Wohlfahrtsmigration“

Die Forscher untersuchten zunächst die durchschnittliche Umzugsrate von Sozialhilfeempfänger:innen. Sie stellten fest, dass Sozialhilfeempfänger:innen relativ mobil sind: In einem typischen Jahr ziehen etwa 7,8 % der Schweizer Sozialhilfeempfänger:innen um und erhalten Leistungen von einer neuen Gemeinde. Trotz der medialen Präsenz des „Sozialtourismus“ von Migrant:innen ist die jährliche Umzugsrate von zugewanderten Sozialhilfeempfänger:innen mit 5,2 % konstant niedriger. Als nächstes verglichen die Forscher die potenziellen Einkommensgewinne aus wohlfahrtsmaximierenden Umzügen mit dem tatsächlichen Anstieg des Sozialhilfe-Einkommens von umziehenden Sozialhilfeempfänger:innen. Wenn diese von einer Gemeinde, die einen niedrigeren Sozialhilfesatz hat als 80% der Gemeinden (20. Perzentil), in eine Gemeinde umziehen, die einen höheren Sozialhilfesatz hat als 80% der Gemeinden (80. Perzentil), könnten die Empfänger:innen ihr Sozialhilfe-Einkommen theoretisch um 142 CHF pro Monat erhöhen.

Verglichen mit diesem Richtwert verändert sich das Sozialhilfe-Einkommen in Wirklichkeit nur wenig. So verbessern Schweizer:innen ihr Sozialhilfe-Einkommen durch einen Umzug im Durchschnitt um 15 Franken im Monat. Bei Migrant:innen ist der Anstieg mit 22 Franken pro Monat kaum höher.

Anstieg des Sozialhilfe-Einkommens bei Umzug



*Umzug von einer Gemeinde, die einen niedrigeren Sozialhilfesatz hat als 80% der Gemeinden (20. Perzentil), in eine Gemeinde, die einen höheren Sozialhilfesatz hat als 80% der Gemeinden (80. Perzentil)

Die Forscher schätzten ausserdem den erwarteten Zuzug von Sozialhilfeempfänger:innen nach einer Erhöhung der Leistungssätze. Sie kommen zum Schluss, dass eine Gemeinde mit 10.000 Einwohner:innen mit 1,2 zusätzlichen Schweizer Sozialhilfeempfänger:innen pro Jahr rechnen muss, wenn sie den monatlichen Sozialhilfesatz um 100 CHF erhöht. Die gleiche Erhöhung zieht jedoch keine zusätzlichen ausländischen Sozialhilfeempfänger:innen an. Moritz Marbach, Professor für Politikanalyse und Datenwissenschaft am University College London, fasst die Ergebnisse zusammen: „Unsere Analysen liefern ein eindeutiges Resultat: Es gibt in der Schweiz keine nennenswerte „Wohlfahrtsmigration“.“

Welche Faktoren beeinflussen, wohin Migrant:innen ziehen, wenn nicht die Höhe der Sozialleistungen? In einer zusätzlichen Analyse fanden die Forscher heraus, dass zugewanderte Sozialhilfeempfänger:innen eher in grössere Gemeinden, solche mit niedrigeren Wohnkosten und solche mit mehr Personen aus ihrem Heimatland ziehen. Dominik Hangartner, Professor für Politikanalyse an der ETH Zürich, sagt: „Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Migrant:innen ihre Wohnorte sorgfältig auswählen, allerdings nicht auf Basis von Sozialleistungen. Vor dem Hintergrund dieses Resultats scheinen „Sozialtourismus“-Ängste übertrieben“. Trotz fehlender Belege haben solche Behauptungen oft direkte politische Folgen. So haben Regierungen das Leistungsniveau gekürzt oder die Anspruchsberechtigung eingeschränkt, um vermeintliche „Wohlfahrtsmigration“ zu verhindern. Für politische Entscheidungsträger:innen, die an einer Stabilisierung der Sozialleistungen interessiert sind, legt die Studie nahe, dass solche vorsorglichen Kürzungen weder notwendig noch sinnvoll sind.

Details siehe „Do immigrants move to welfare? Subnational Evidence from Switzerland“, Jeremy Ferwerda, Moritz Machbach und Dominik Hangartner, American Journal of Political Science (2023). <https://doi.org/10.1111/ajps.12766>